

## Entwicklung und Zusammenarbeit

### Hilfe zur Selbsthilfe leisten

Über die Hälfte der Gelder für arme Länder kommen von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Somit ist sie weltweit der größte Geber. Entwicklungspolitik umfasst jedoch weit mehr als nur die Bereitstellung von sauberem Wasser und befestigten Straßen, so wichtig dies auch ist. Die Union fördert die Entwicklung auch über den Handel indem sie ihre Märkte für Ausfuhren aus Entwicklungsländern öffnet und diese ermutigt, den Handel untereinander zu verstärken.

### Weniger Armut in diesem Jahrtausend!



Wie in anderen Ländern hat auch in Ghana die Gesundheitsversorgung von Kindern Vorrang.

Das vorrangige Gesamtziel der EU-Entwicklungspolitik ist die nachhaltige Beseitigung der Armut. Die Kernelemente dieser Politik sind die acht Millennium-Entwicklungsziele, die bis 2015 erreicht werden sollen. Sie wurden im Jahr 2000 von der Weltspitze festgelegt. Es geht darum, extreme Armut um die Hälfte zu reduzieren, die Verbreitung von HIV/AIDS einzudämmen und Grundbildung für alle zu gewährleisten. Die EU hat die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert zu zeigen, dass sie bereit sind, diese Ziele zu verwirklichen und finanzielle Ziele für die Entwicklungshilfe festzulegen. In einem Zwischenbericht aus dem Jahr 2005 heißt es, dass zwar alle Länder finanzielle Beiträge geleistet haben, dass aber noch mehr Mittel benötigt werden. Die weltweiten Bemühungen, die Armut bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren, sind in Gang. Zwischen 2000 und 2005 wurden 120 Millionen Menschen aus ihrer Armutslage befreit. Andere Ziele wie die Senkung der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, werden hingegen bis 2015 nicht erreicht werden.

### Handel und Hilfe

Mit der 2001 eingeleiteten EU-Initiative „Alles außer Waffen“ wurden für alle Produkte mit Ursprung in den am wenigsten entwickelten Ländern – außer Waffen – sämtliche Zölle und Quoten abgeschafft. Die EU hat als

erste diese Maßnahme ergriffen. Die besonderen Handelsbeziehungen zwischen der Union und ihren 79 Partnern in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Gruppe) sind beispielhaft für die Öffnung der Märkte reicher Länder für die Produkte armer Länder. Mit der 2007 gegründeten strategischen Partnerschaft Afrika-EU wurde die Vertiefung der Beziehungen und die Intensivierung der Anstrengungen zur Verwirklichung der Millennium-Ziele in Afrika eingeleitet.



Eine Frau aus Gujarat (Indien) bei der Arbeit

Auf dieser Grundlage hat die Union eine Reihe neuer Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten erarbeitet, die ursprünglich Anfang 2008 in Kraft treten sollten. Da aber damals noch nicht alle Abkommen abschlussreif waren, wurde die Lücke durch Interimsabkommen überbrückt. Grundgedanke dieser Abkommen ist es, die AKP-Staaten bei der Integration mit ihren Nachbarn in der Region auf ihre Integration in die Weltwirtschaft vorzubereiten. Gleichzeitig wird die EU ihre Märkte für Ausfuhren aus den AKP-Staaten weiter öffnen und bestehende Handelsbarrieren beseitigen.

### **Mehr Mittel**

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer zahlten 2008 über 49 Mrd. Euro an Entwicklungshilfe. Dies entsprach 0,40 % ihres BSP und war somit höher als die in den Vereinigten Staaten oder Japans pro Einwohner geleistete Hilfe. Für 2010 werden 0,56 % des BSP angepeilt, für 2015 sind es 0,7 %.

Die Entwicklungshilfe der EU besteht zum größten Teil aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen. In begrenztem Umfang werden auch zinsbegünstigte Darlehen und Investitionskapital von der Europäischen Investitionsbank (EIB), d. h. von der Einrichtung der EU für langfristige Finanzierungen, bereitgestellt. Im Jahr 2006 gewährte die EIB Ländern außerhalb Europas – hauptsächlich Entwicklungsländern – Darlehen in Höhe von 5,9 Milliarden Euro.

### **Mit wenig viel bewirken**

Im Laufe der Jahre hat die EU Tausende von Entwicklungsprojekten in der dritten Welt finanziert. Relativ kleine Beträge können oft Berge versetzen. Einige Beispiele für erfolgreiche Projekte aus der jüngsten Zeit: Eine

Gruppe von 250 Frauen im indischen Staat Gujarat erhielt Unterstützung für den Export von handwerklichen Erzeugnissen nach Europa, Nordamerika und Japan. Einem einheimischen Betrieb in Belize wurde bei der Umstellung auf nachhaltige Abholzungs- und Waldbewirtschaftungstechniken geholfen. In Zentral-Kamerun wurden Bauern im Zusammenhang mit der Diversifizierung ihrer Agrarerzeugung betreut. In Uganda wurden Schulungen für Kleinbetriebe organisiert, so dass die Kosten der Nutzung grundlegender Unterstützungsdienste für Unternehmen geteilt werden konnten.

### **Die Eigenverantwortung stärken**

Ziel der EU-Entwicklungspolitik ist es, benachteiligten Menschen in der Dritten Welt dabei zu helfen, ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. Um dies zu erreichen, geht die EU die Ursachen der Notlage dieser Menschen von der Wurzel her an. Diese Ursachen können unzureichender Zugang zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser, zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Land, sozialen Diensten, Infrastruktur und einer sauberen Umwelt sein. Dies bedeutet aber auch Bekämpfung von Krankheiten und Verschaffung des Zugang zu kostengünstigen Arzneimitteln für die Bekämpfung von Seuchen wie HIV/AIDS. Ferner will die EU mit ihrer Politik erreichen, dass die Schuldenlast der Entwicklungsländer abgebaut wird, zumal ohnehin knappe Mittel von lebensnotwendigen öffentlichen Investitionen abgezweigt werden und wieder wohlhabenden Gebern in Industrieländern zufließen.

Die Union fördert auch die Selbsthilfe sowie Armutsbekämpfungsstrategien, die es den Entwicklungsländern ermöglichen, den Demokratisierungsprozess zu konsolidieren, Sozialprogramme auszuweiten, die Institutionen zu stärken, die Kapazitäten des privaten und des öffentlichen Sektors auszubauen sowie die Achtung der Menschenrechte einschließlich der Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu gewährleisten.